

30 Jahre deutsche Bundeswehr

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **152 (1986)**

Heft 9

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

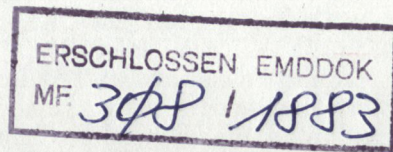
Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Die deutsche Bundeswehr: Armee ohne Beispiel

Dr. Günter Kiessling, General a.D.



Armee ohne Beispiel? Das soll nicht etwa heissen, die deutsche Bundeswehr überträfe in ihrer Schlagkraft alles bisher Dagewesene. So ist es bestimmt nicht. Mit dieser Überschrift soll vielmehr zum Ausdruck gebracht werden, dass die für das Entstehen der Bundeswehr bestimmenden Faktoren, die politischen und geistigen Grundlagen, so aussergewöhnlich waren, dass man sie als beispiellos bezeichnen kann. Auch heute noch haftet der Existenz der westdeutschen Streitmacht dieses Einmalige an.

I. Der Anfang: ein Novum

Eine Armee für ein Bündnis

Der mit dem Schlagwort «Wirtschaftswunder» wohl zu eng umschriebene Wiederaufstieg der Deutschen im freien Teil ihres Vaterlandes, einem Phönix aus der Asche gleich, lässt mitunter die falsche Vorstellung aufkommen, mit dem erst wirtschaftlichen und dann politischen Comeback in die Arena der Weltpolitik hätten sich die Deutschen dann ganz natürlich auch wieder eine militärische Rüstung angelegt. Dem war nicht so; es gab überhaupt kein deutsches Streben nach Wiederbewaffnung. Diese wurde ihnen, den Deutschen, vielmehr durch die westlichen Besatzungsmächte, voran den USA, aufgedrängt, ja auferlegt; denn sie wurde als Gegenleistung für die Rückgabe der – wenn auch eingeschränkten – Souveränität an die Bundesrepublik gefordert. Hier zeigt sich der Wandel der westlichen Besatzungspolitik. War diese während der ersten Jahre durch das Ziel der Entmilitarisierung Deutschlands bestimmt, mit der Zeit abgeschwächt als Folge des zunehmenden Ost-West-Konflikts, so verkehrte sie sich mit dem Ausbruch des Korea-Krieges schliesslich ins Gegenteil: der Forderung eines westdeutschen Verteidigungsbeitrages für die westliche Allianz.

Das Kernproblem dieser westlichen Politik der deutschen Wiederbewaffnung bestand darin, zwei extreme Forderungen miteinander in Einklang zu bringen. Einerseits galt es, den deutschen militärischen Beitrag so stark wie

nur möglich zu gestalten, um die offenkundige Unterlegenheit der westlichen konventionellen Streitkräfte gegenüber der sowjetischen Bedrohung auszugleichen. Andererseits wollte man der deutschen Wiederbewaffnung möglichst enge Grenzen ziehen, um die westeuropäischen Staaten, vor allem Frankreich, zu beschwichtigen; denn diese fürchteten das Wiedererstehen einer deutschen Militärmacht. Der Forderung nach einem möglichst starken deutschen Beitrag wurde entsprochen, indem man die Bundesrepublik zur Aufstellung von 12 Divisionen verpflichtete. Diese «zwölf deutschen Divisionen» wurden zum die damalige Diskussion beherrschenden Schlagwort. Damit wurde auch deutlich, dass

... haben wir einen ausgeprägten Hang zur Bequemlichkeit entwickelt. Bei vielen Bürgern steht einem grossen Fleiss und Eifer in ihrer privaten Sphäre eine Distanz in den Angelegenheiten des Staates gegenüber. Dabei ist es doch ihr Staat, unser Staat. Er kann nicht besser sein als unsere Gesinnung über ihn und unsere Bereitschaft, uns für ihn, also nicht für etwas Fremdes, sondern für die Gemeinschaft von uns Bürgern einzusetzen.

(R. v. W.)

ASMZ Editorial

30 Jahre deutsche Bundeswehr

Als einziges Land hat die Bundesrepublik Deutschland ihre gesamten Streitkräfte dem Nordatlantikpakt zur Verfügung gestellt – assigniert, wie es im umfangreichen und für den Aussenstehenden fast unverständlichen NATO-Vokabular heisst.

Nachdem die Bundeswehr in einem kontinuierlichen und konsequenten Aufbau erstaunlich rasch **Einsatzfähigkeit und Kriegsgenügen erreicht hat**, ist sie indessen durchaus nicht von Sorgen befreit.

Der Rückgang des Mannschaftsnachwuchses verursacht empfindliche Bestandesverluste. Das zwingt zur **Erhöhung der Grundwehrdienstzeit von fünfzehn auf achtzehn Monate** und zur Verschärfung der Bestimmungen über die Behandlung von Wehrdienstverweigerern.

Der stetigen **Zunahme der Kriegsstärke und der Modernisierung der Streitkräfte des Warschauer Paktes** lässt sich nur begegnen durch Ausstattung der Truppe mit leistungsfähigen Waffen und Geräten, einem funktionssicheren und geschützten Führungssystem und hochwirksamer Munition. Mit qualifizierten Mitteln und entsprechendem Ausbildungsstand soll numerischer Überlegenheit begegnet werden.

Das alles genügt aber nicht. Gute Truppe und entsprechende Kampfkraft sind erst wirksam, wenn sie im Dienste einer überzeugenden Strategie stehen und Funktion einer überlegenen taktisch-operativen Führung sind.

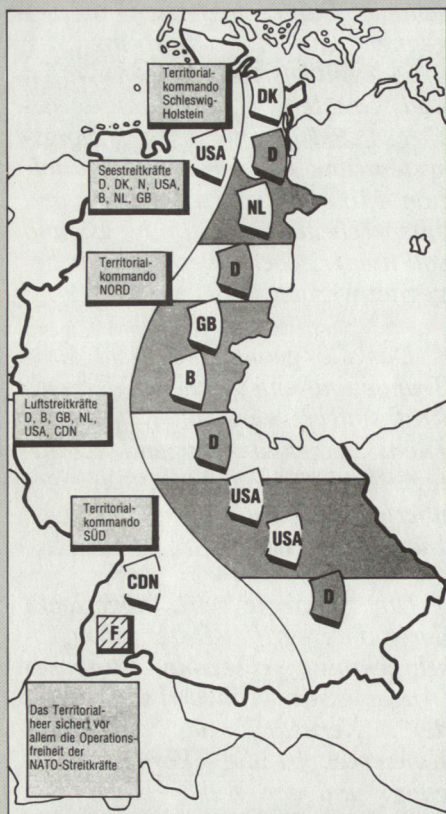
Die Strategie wird abgesteckt durch die Begriffe **«Deterrent»** (Abschreckung), **«Flexible response»** (Angemessene Antwort) und **«Triade»***. Kernstück des operativen Konzeptes ist die **«Vorneverteidigung»** und der Wille, Tiefe nach vorn durch Fofa (Follow-on forces attack) und Heranführen operativer Reserven zu suchen. Die **Taktik** schliesslich ist gekennzeichnet

durch den **«Kampf der verbundenen Waffen»** im Rahmen einer beweglich geführten Verteidigung (was mit allerdings stärkerer Betonung der Komponente **«Beweglichkeit»** unserer Abwehr entspricht).

Dass auch die **kampfstarken Heimatschutzverbände** wichtige taktische Aufgaben im rückwärtigen Raum zu erfüllen haben, rundet das Bild des Einsatzkonzeptes ab: Ihre grossen Verbände sind eingebunden in ein organisches, vermaschtes System kollektiver militärischer Massnahmen zum Zwecke **kollektiver Sicherheit** im Bündnis.

Was für die Landstreitkräfte gilt, trifft auch für die Luftrüstungsmittel und die Marine zu: Auch sie sind Teil **allierter taktischer Luftflotten beziehungsweise gemischter schwimmender Kampfverbände** der NATO in Ostsee und Nordsee.

In diesem Kontext sind die Streitkräfte unseres nördlichen Nachbarn zu betrachten und die Darstellungen über die deutsche Bundeswehr in diesem Heft zu verstehen.



* Dreiteiliger Verbund der interkontinentalen, der in Europa stationierten Nuklearwaffen und der konventionellen Streitkräfte der NATO.

es den Westmächten bei dem geforderten deutschen Verteidigungsbeitrag vornehmlich um Landstreitkräfte ging; Marine und Luftwaffe waren von sekundärer Bedeutung. Der anderen Forderung, dem Sicherheitsbedürfnis der westeuropäischen Staaten zu entsprechen, kam man durch die vertragliche Einbeziehung der Bundesrepublik in die militärische Organisation der westlichen Allianz und die sich daraus ergebenden Kontrollmöglichkeiten nach. Zwar wurde die Bundesrepublik nach dem Scheitern der für sie diskriminierenden EVG-Lösung (Europäische Verteidigungsgemeinschaft) gleichberechtigtes Mitglied in der NATO; jedoch musste sie sich mit ihrer Mitgliedschaft in dem wiederbelebten Brüsseler Pakt zu bestimmten Rüstungsbegrenzungen, insbesondere zum Verzicht auf ABC-Waffen, verpflichten.

Aufbau aus dem Nichts

Auftrag, Struktur, Umfang, Bewaffnung und Ausrüstung waren somit vorgegeben. Wenn auch die Bundeswehr als eine Armee im Bündnis konzipiert war, sie ist dennoch eine nationale Armee. Das wird häufig verkannt oder verschwiegen.

Die NATO versteht sich als ein Bündnis souveräner Nationen. Anders als die Europäische Gemeinschaft ist es nicht auf Überwindung der Nationalstaaten angelegt, sondern auf deren Schutz und Bewahrung. Es gibt keine NATO-Soldaten, sondern nur Soldaten der jeweiligen Nation, welche dem Bündnis unterstellt werden. Allein nach den Gesetzen ihrer Nation werden sie einberufen, ausgebildet, besoldet und befördert. Nur auf Befehl ihrer Nation treten sie in den Dienst der NATO und werden wieder zurückbeordert.

So lag die Aufstellung der Bundeswehr ausschliesslich in deutscher Zuständigkeit. Diese Aufgabe beinhaltete gleichermassen ein organisatorisches wie ein geistiges Problem. Zehn Jahre waren seit der Kapitulation und der folgenden Auflösung der deutschen Wehrmacht vergangen. Nun galt es, aus dem Nichts heraus neue deutsche Streitkräfte aufzustellen. Selbst die jüngsten Offiziere und Unteroffiziere der Wehrmacht waren inzwischen 30 Jahre alt, also allenfalls für eine Übergangszeit in ihrem Dienstgrad entsprechenden Funktionen zu verwenden; und auch das erst nach vorheriger Ausbildung an für sie neuen (alten US-) Waffen und Geräten. An diesem Beispiel mag deutlich werden, welche Probleme ein zehnjähriges Vakuum in der

Militärgeschichte einer Nation aufwirft. Es fehlte einfach an allem; an gesetzlichen Grundlagen wie an organisatorischen Voraussetzungen, an qualifiziertem Personal, an Kasernen und Übungsplätzen, an Waffen und Ausrüstung. Vor allem aber fehlte es an den geistigen Voraussetzungen für eine Wiederbewaffnung, nämlich an der Bereitschaft zum Wehrdienst.

Der Missbrauch des Soldaten durch eine verantwortungslose Führung, das Chaos des Zusammenbruchs von 1945, aber auch die völkerrechtswidrigen – häufig von Rache bestimmten – Massnahmen der Siegermächte gegen deutsche Soldaten wirkten auf die deutsche Bevölkerung stärker als die offenkundige Bedrohung. Die überwiegende Mehrheit stand einer Wiederbewaffnung ablehnend gegenüber; das manifestierte sich in der sogenannten **«Ohne-Mich-Bewegung»**. Wenn es dennoch innerhalb kurzer Zeit zu einer geistigen Wende und damit zu weitgehender Zustimmung kam, so ist dies einer äusserst geschickten Politik Konrad Adenauers zuzuschreiben. Von der sowjetischen Bedrohung brauchte er die Deutschen nicht zu überzeugen. Aber es gelang ihm, sie für die Westbindung zu gewinnen, ja zu begeistern. Jedoch wurde diese nicht als eine Absage an die deutsche Einheit verstanden, sondern als ein Umweg zu diesem übergeordneten Ziel deutscher Politik. Nur durch einen Verteidigungsbeitrag konnte die Bundesrepublik zum – nahezu – gleichberechtigten Partner im westlichen Bündnis werden und dessen Unterstützung für seine nationalen Ziele erlangen.

Armee in der Demokratie

Nicht so entscheidend wie die Westbindung, aber dennoch von grosser Bedeutung für die Zustimmung zur Wiederbewaffnung war das die grundlegende Konzeption für eine **«Armee in der Demokratie»**. Dies war allein Sache der Bundesrepublik, die völlig frei war hinsichtlich der Gestaltung der inneren Ordnung ihrer neuen Streitkräfte: Wehrsystem, politische Kontrolle, soldatische Ordnung. Die Verpflichtung zu einem Umfang von 500 000 Mann schloss eine Freiwilligen-Armee von vornherein aus. Aber auch das vor allem von der politischen Linken gefürchtete Wiedererstehen eines **«Staates im Staate»** – wie man die Reichswehr der Weimarer Republik etikettierte – sprach gegen diese Lösung.

Gegen ein Milizsystem sprach allein schon die von der NATO geforderte Präsenz. Deshalb entschied man sich für eine Wehrpflichtarmee, wenn auch